

PARLAMENTARSREPORT



Nichts Neues, nichts Konkretes, nichts Substanzielles – gezeichnet Morlok

Enrico Stange, Sprecher für Verkehrspolitik, antwortete für DIE LINKE auf die Fachregierungserklärung des Wirtschaftsministers

Liebe Leserinnen und Leser!

Wirtschaftsminister Morlok gab vor einiger Zeit die verblüffende Parole aus, der Freistaat werde binnen zehn Jahren zum „Geberland“ im Rahmen des Länderfinanzausgleichs. In seiner aktuellen Fachregierungserklärung, die erwartungsgemäß nicht vom Fach war, konnte Morlok den Weg in diese lichte Zukunft aber nicht mal ansatzweise beschreiben, sondern schmückte sich mit fremden Federn – Industrieansiedlungen aus der Vergangenheit. Ministerpräsident Tillich setzte jetzt noch eins drauf und schlug sich öffentlich auf die Seite der „Geberländer“, die mit Klagen drohen, weil ihnen die Zahlungen in den Finanzausgleich zuviel sind.

Was weder Morlok noch Tillich sagen: Derzeit bezieht Sachsen – übrigens einer der Hauptprofiteure des Länderfinanzausgleichs – 48 Prozent seines Etats aus Zuwendungen anderer Bundesländer, des Bundes und der EU. 2010 flossen allein aus dem Länderfinanzausgleich 843 Millionen Euro nach Sachsen. Dass der Solidarpakt bis 2019 schrittweise ausläuft, führt bereits zum dramatischen Schrumpfen des Landesets. Sachsen braucht auch nach 2019 Ausgleichszahlungen jener Bundesländer, die davon profitiert haben, dass seit 1990 eine Viertelmillion – überwiegend junge – Leute mehr Sachsen verlassen haben als hierher gezogen sind.

Dieser demografische Faktor würde berücksichtigen, dass vor allem Bayern und Baden-Württemberg ohne den Zustrom junger, gut ausgebildeter Sachsen wirtschaftlich schlechter dastünden – und Sachsen selbst besser. Für eine solche Neuregelung sollte sich Herr Tillich einsetzen!

A. Hahn

Dr. André Hahn
Fraktionsvorsitzender

DIE LINKE.
Fraktion im Sächsischen Landtag

„Sie – Herr Morlok – haben wirklich den Mut (oder den Übermut), mit einem bunten Strauß altbekannter Absichtserklärungen, vager Ankündigungen und Textbausteinen aus Ihrer Haushaltsrede vor das Parlament zu treten und die Grundzüge sächsischer Wirtschaftspolitik weiterhin ein Mysterium sein zu lassen.

Selbstlob statt Analyse

Die Industrieproduktion ist um elf Prozent gestiegen – Fakt ist jedoch, dass dieser Zuwachs nicht wegen Herrn Morlok zustande kam. Die gerade von Ihnen gegeißelten und abgelehnten Konjunkturprogramme haben wohl einen wesentlich schlimmeren Absturz der deutschen und mithin der sächsischen Wirtschaft verhindert. Das Kurzarbeitsprogramm hat vielen Unternehmen die Krise erleichtert und Entlassungen in Größenordnung verhindert. Vor dem Hintergrund der sächsischen Wirtschaftsstruktur – 72 % der Bruttowertschöpfung entstehen nicht in der Industrie, sondern im Dienstleistungssektor – relativiert sich auch der Zuwachs der Industrieproduktion, diese tolle 11-Prozent-Zahl.

Rücken wir also das Bild zurecht: Zwar bejubeln Sie die ersten beiden Jahrzehnte in Sachsen nach der Wiedererrichtung des Freistaates. Festzuhalten ist aber, dass Sie als FDP diesem Transformationsprozess allenfalls als Zaungast beigewohnt haben. Die zentralen Weichenstellungen für die wirtschaftliche Entwicklung Sachsens nach 1990 hat neben der CDU auch die Linksfraktion im Landtag aktiv begleitet. Das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf erreichte im Jahr 2009 gerade einmal 75,6 % des bundesdeutschen Durchschnitts. Den Anschluss an vergleichbare Flächenländer West erreichen wir noch lange nicht.

Auch wir freuen uns über Ansiedlungen von Großunternehmen in Sachsen, über ihre Investitionen. Realistisch betrachtet bleibt aber nur festzustellen, dass diese Unternehmen ob ihrer schieren Größe Entscheidungen aus eigener Kraft treffen und im Wesentlichen auch aus eigener Kraft investieren. Die Ansiedlungsprozesse waren richtig – Sie haben mit ihnen allerdings nichts zu tun gehabt.

Wir unterscheiden uns an einem ganz wesentlichen Punkt der sozio-

ökonomischen Betrachtung: an der Bedeutung des Menschen. Für Sie handelt es sich dabei im Wesentlichen um Humankapital, um besser und schlechter verwertbare Arbeitnehmer. Erst jetzt – in Zeiten des heraufziehenden Fachkräftemangels – kommt Ihnen in den Sinn, dass schlechter gebildete Jugendliche nun auch eine Chance verdient haben. Für uns als LINKE ist der Mensch stets Ausgangspunkt und Zielpunkt unserer Überlegungen. Es geht um den Wohlstand der Menschen in diesem Land, um ihre Lebensqualität, um ihr Glück, um ihre Teilhabe am gesellschaftlichen, kulturellen Leben, um ihre Selbstverwirklichung. Für uns ist Wirtschaften eben kein Selbstzweck und auch nicht Ziel politischen und gesellschaftlichen Handelns.

Arbeitslosigkeit nicht bekämpft

Zum Arbeitsmarkt haben Sie kaum eine belastbare Datenbasis. Wie ist es sonst zu erklären, dass der Minister sich als unfähig erweist, die aktuelle Zahl der Hartz-IV-Betroffenen in Sachsen in Erfahrung zu bringen? Vor wenigen Tagen hat die Bundesagentur für Arbeit diese Zahl mit 172.640 beziffert. Für all diese Arbeitslosen hat der Minister für Arbeit keinerlei Angebot.

Der Herr Minister blendet außerdem in unnachahmlicher Art ein entscheidendes Datum aus, den 1. Mai 2011. An diesem Tag gehen die Grenzen der Arbeitnehmerfreizügigkeit in der EU auf. Bis zum heutigen Tage lässt die Staatsregierung keinerlei Strategie erkennen, wie sie mit dieser Zäsur umgehen will. Auch die gemeinsame

Forderung der Opposition nach einem gesetzlichen Mindestlohn, mit dem Lohndumping verhindert werden könnte, verhallt ungehört – obwohl mittlerweile selbst Arbeitgeberverbände dies einfordern. Ihr einziger arbeitsmarktpolitischer Ansatz ist der Wettbewerb der Bildungsträger. Mehr haben Sie nicht zu bieten.

Kein Wille, kein Ziel, kein Konzept

Letzter Punkt: Das für Sachsen immer noch gültige Energieprogramm aus dem Jahre 2004 wird weder den damaligen noch den heutigen Anforderungen gerecht. Der Versuch des sächsischen SPD-Wirtschaftsministers 2007, ein neues Energieprogramm zu beschließen, ist am Veto des damaligen Ministerpräsidenten der CDU gescheitert. Das im aktuellen Koalitionsvertrag vereinbarte Vorhaben, ein neues Energieprogramm für Sachsen vorzulegen, harrt seiner Realisierung. In der Zwischenzeit ist in einem bundesweiten Ranking festgestellt worden, dass Sachsen von allen Bundesländern am stärksten abgestiegen ist. Nämlich von Platz 6 auf Platz 11. Das ist Nachhaltigkeit à la FDP.

Beim Neujahrsempfang der IHK in Leipzig wurde dem Minister eine Warnweste für Flugbodenpersonal überreicht. Und siehe da – sie hat gepasst. Jetzt lassen Sie sich eines sagen, Herr Minister: Flugschüler lernen sehr schnell einen Grundsatz kennen: Wenn man beim Fliegen die Orientierung verliert – sofort runter und landen! Herr Minister, es gibt also zwei Möglichkeiten für Sie: Runter und landen oder den Abflug machen!“ (*Rede-Auszüge*)



Tiefe Schlaglöcher, untätige Regierung – ein Sofortprogramm muss her!

Enrico Stange und Marion Junge rechneten mit der verfehlten Verkehrspolitik der Regierung ab

Die Folgen verfehlter Politik zeigen sich meist erst im Nachhinein. Das verkehrspolitische Versagen der Staatsregierung wird jedoch sofort sichtbar, wenn der Schnee weicht und die desolaten Straßen die Autofahrer zum Zickzackkurs zwingen. Letzteren kann man auch der schwarz-gelben Landesregierung ohne Weiteres attestieren. Erst werden die Kommunen dem finanziellen Verfall preisgegeben und die Mittel für den Öffentlichen Personennahverkehr zusammengestrichen – ohne freilich von den üblichen Lobpreisungen auf die sächsische Verkehrspolitik abzulassen. Dann verkündet Wirtschaftsminister Sven Morlok (FDP) – unter dem Druck der Öffentlichkeit – freudestrahlend, dass der Freistaat 28,5 Millionen Euro für die Straßensanierung bereitstellen wolle. Wie so oft in der Politik der Staatsregierung ist aber auch hier keineswegs alles Gold, was glänzt – die Fraktion DIE LINKE setzte das Thema Schlaglöcher deshalb auf die Tagesordnung des Landtages. Eine Aktuelle Debatte zum Thema „Staatsregierung muss Winterschlaf beenden: Sachsen braucht ein Soforthilfeprogramm für kommunale Straßen. Bedarfsgerechten Winterdienst für die Kommunen ermöglichen!“ offenbarte Erstaunliches und Empörendes gleichermaßen.

Schon im vergangenen Winter konnten die sächsischen Kommunen die Beseitigung der Winterschäden nur

mit Mühe bewältigen. Mancherorts blieben alte Löcher offen; grundlegende Sanierungen, die der jahrelangen Flickschusterei ein Ende setzen könnten, waren und sind für viele Kommunen schlichtweg nicht finanzierbar. Der aktuelle Winter verschärft die Situation nun zusehends: neue Löcher brechen auf, alte werden tiefer, und selbst einfache Ausbesserungsarbeiten bringen Städte und Kommunen an den Rand ihrer Leistungsfähigkeit. Marion Junge, Sprecherin für Kommunalpolitik der Fraktion DIE LINKE, wies in der Debatte darauf hin, dass laut Einschätzung des Sächsischen Städte- und Gemeindetages bereits die Hälfte aller kommunalen Straßen in Sachsen Beschädigungen aufweist.

Da hilft es wenig, Warnschilder aufzustellen und Geschwindigkeitsbegrenzungen zu verschärfen, wie der verkehrspolitische Sprecher der Fraktion DIE LINKE, Enrico Stange,

kritisierte. Kaputte Straßen sind nur in zweiter Linie Ergebnis des Winters – in erster Linie sind sie das Ergebnis einer Verkehrspolitik mit falschen Prioritäten, Selbstüberschätzung und Geschacher. So erinnerte Enrico

Stange an die LINKE Forderung nach einem Brückenbauförderprogramm des Bundes. Die Staatsregierung argumentierte damals, dass Sachsen eine derartige Unterstützung nicht brauche und aus eigener Kraft investieren könne. Im aktuellen

Unserer Debatte folgt die konkrete parlamentarische Initiative: Die Fraktion DIE LINKE stellt den Antrag auf das erneute Auflegen eines Sonderprogramms zur Beseitigung von Winterschäden an Straßen kommunaler Baulastträger (Drucksache 5/4754 unter <http://edas.landtag.sachsen.de>).



Doppelhaushalt strich die Koalition den entsprechenden Haushaltstitel jedoch von 24 auf 8 Millionen Euro zusammen. Das zeigt, dass die schwarz-gelbe Regierung nur dann konsequent handelt, wenn es ans Kürzen dringend benötigter Mittel geht.

Daran ändert auch das eingangs erwähnte Versprechen von Minister Morlok nichts – denn die zusätzlichen 28,5 Millionen Euro dürfen nur für Bundes- und Staatsstraßen verwendet werden. Dieses Geld wird an die Kommunen mit der Maßgabe weitergereicht, damit die Staats- und Bundesstraßen instand zu setzen. Zusätzliche Mittel für die kommunalen Straßen hat die Staatsregierung – wen wundert's – nicht eingeplant. Der eigentliche Skandal besteht jedoch darin, dass es sich bei den 28,5 Millionen Euro lediglich um eine vorgezogene Verausgabung ohnehin bereitgestellter Mittel

handelt – die Staatsregierung stellt diese nun dennoch als großzügige Gabe an die Kommunen dar.

Marion Junge erinnerte die Staatsregierung schließlich daran, dass den Kommunen pro Jahr lediglich 2,35 Euro pro Straßensmeter für Neubau und Instandsetzung zur Verfügung stehen. Zu glauben, die Kommunen könnten diese Misere aus eigener Kraft bewältigen, ist schlichtweg illusorisch. DIE LINKE fordert die Staatsregierung daher auf, den Kommunen die Erfüllung ihrer Pflichten zu ermöglichen – und endlich für einen entsprechenden Finanzrahmen zu sorgen.

Die Finanzmisere der Städte und Gemeinden und die daraus resultierende Bedrohung der kommunalen Selbstverwaltung sind von der schwarz-gelben Landesregierung zu verantworten. Es war und ist DIE LINKE, die sich mit Anträgen für die Verbesserung der kommunalen Finanzsituation einsetzt – beispielsweise für eine Investitionspauschale von 75 Millionen Euro. Die Staatsregierung hat all diese Vorschläge stets abgelehnt; jahrelang wurden den Kommunen zusätzliche Aufgaben übertragen, die Mittel für deren Erfüllung jedoch zusammengestrichen. Die Folgen werden nun sichtbar: Das fast 30.000 Kilometern große kommunale Straßennetz in Sachsen ist desolat, zusätzliche Mittel will die Staatsregierung nicht aufbringen. Dabei könnte die Situation durch ein Soforthilfeprogramm wesentlich entschärft werden: Vor vier Jahren stellte die Landesregierung den Kommunen 15 Millionen Euro zur Verfügung, mit denen die schlimmsten Schäden behoben werden konnten. Ein solches Programm ist auch jetzt dringend nötig: DIE LINKE fordert von der Staatsregierung die Bereitstellung von 20 Millionen Euro.



Nur Naturgesetze sind unveränderlich

Dr. Jana Pinka forderte entschlossenes Handeln beim Hochwasserschutz

Für extreme Schneehöhen und starkes Tauwetter sind weder Regierung noch Opposition verantwortlich – Naturgewalten müssen als das hingenommen werden, was sie sind: alternativlos. Allerdings steht die Regierung beim Umgang mit außergewöhnlichen Naturereignissen sehr wohl in der Pflicht, geeignete Maßnahmen zu ergreifen – und zwar vor allem präventiv. Seit den letzten Hochwassern sind zweifellos schon Verbesserungen realisiert worden, etwa bei den angemahnten Informations- und Kommunikationsdefiziten. Positiv ist auch, dass sich der Umweltminister mit seinem tschechischen Kollegen getroffen hat, um über effizientere Frühwarnsysteme zu diskutieren. Es wird sich zeigen, inwiefern dem Taten folgen werden. Dass davon abgesehen beim Hochwasserschutz noch einiges im Argen liegt, machte die umwelt- und technologiepolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, Dr. Jana Pinka, im Landtag deutlich.

Das betrifft etwa die Hochwasserisikomanagementrichtlinie, die in Sachsen bisher noch nicht umgesetzt

wurde. Grundsätze und Ziele einer landesweiten Hochwasserschutzplanung sind daher noch nicht näher formuliert, obwohl §99a des Sächsischen Wassergesetzes und auch das EU-Recht das fordern. Doch selbst dadurch würde die Situation wohl nur etwas besser, denn Schwarz-Gelb hat 2010 die Vorkaufsrechte der Kommunen aus dem Sächsischen Wassergesetz gestrichen. Das war ein großer Fehler, denn nun haben Städte und Gemeinden unter Umständen keinen Zugriff mehr auf Grundstücke, die eigentlich dem Hochwasserschutz dienen müssten. Generell hat die Staatsregierung die Handlungsfähigkeit der Kommunen beim Hochwasserschutz stark beschnitten, denn die radikale Kürzung der investiven Mittel verhindert nicht nur Straßensanierungen oder den Schulhausbau, sondern auch ein angemessenes Reagieren auf die mancherorts allgegenwärtige Hochwassergefahr.

Noch ein weiteres Problem wurde von der Staatsregierung bisher nicht ernsthaft angegangen: 17.000 Wohngebäude in hochwassergefährde-



Stefan Klar © www.fotolia.de

ten Gebieten gelten derzeit als nicht versicherbar. Im Notfall bleiben die Betroffenen dann auf den Schäden sitzen. DIE LINKE ist der Meinung, dass hier der Freistaat helfen muss – die Lösung heißt Elementarschadenversicherung. Mit ihr wären alle

Gebäudeeigentümer verpflichtet, in einen gemeinsamen Fonds einzuzahlen, mit dessen Mitteln Hochwasserschäden relativ problemlos behoben werden könnten. Dann wären selbst unvermeidliche Naturkatastrophen wesentlich leichter zu ertragen.

Dioxinskandal ist Symptom, nicht Ursache des Problems

Kathrin Kagelmann plädierte für eine ökologische und regionale Landwirtschaft

Erst BSE, dann Gammelfleisch und jetzt Dioxin – Lebensmittelkandale waren und sind keine Seltenheit in Deutschland. Ebenso regelmäßig stehen die politisch Verantwortlichen – zumeist berechtigt – im Kreuzfeuer der Kritik, denn sie sind es, die den Verbraucherschutz gewährleisten und Lebensmittelproduzenten kontrollieren müssen. Doch auch der aktuelle Dioxinskandal zeigt: Lebensmittelkandale haben ihre Ursachen nur zum Teil in kriminellen Handlungen Einzelner. Wer näher hinschaut, erkennt ihren tatsächlichen Grund: das System der industriellen Agrarwirtschaft. Diese Einsicht kann bei CDU und FDP jedoch nicht vorausgesetzt werden, wengleich die Regierungsfaktionen das Thema Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit auf die Tagesordnung des Landtages setzten. In der entsprechenden Aktuellen Debatte verdeutlichte MdL Kathrin Kagelmann, die agrar- & tierschutzpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, woher die Lebensmittelkandale wirklich kommen.

Die kapitalistische Agrarwirtschaft hat eine hoch effektive und hoch spezialisierte Produktion möglichst großer Mengen tierischer und pflanzlicher Nahrungsmittel für

einen globalen Markt hervorgebracht. Dadurch entsteht ein Überangebot an Milch, Fleisch und Eiern – weshalb es nicht verwunderlich ist, dass der Preisdruck auf die Erzeuger enorm anwächst. Für Bäuerinnen und Bauern wird es zunehmend unmöglich, erzeugergerechte Preise für ihre Produkte zu erzielen, zumal die Lebensmittelindustrie die Preise zusätzlich unter Druck setzt. Doch niedrige Preise machen Produktivitätssteigerungen nötig –

immer größere Tiermastanlagen für hunderttausende Schweine oder Legehennen sind die Folge. Geht es nach Umweltminister Frank Kupfer, wird dieser Trend auch in Sachsen Einzug halten. Im Landkreis Görlitz zum Beispiel ist die Anzahl der Tierbetriebe rückläufig, gab Kathrin Kagelmann zu bedenken – was jedoch nicht heißt, dass die Tierbestände auch kleiner werden. Im Gegenteil: Obwohl die Zahl der Mastbetriebe in den letzten 15 Jahren auf 42 %

gesunken ist, wuchs der Bestand an Schweinen auf 142 %.

So produziert Deutschland riesige Fleischberge, die niemand braucht – und die zur Errichtung eines gigantischen nationalen und internationalen „Verschiebebahnhofs“ geführt haben. Das ist ökologischer Wahnsinn, lässt die Preise verfallen und führt überdies dazu, dass das Futter nicht mehr ausreicht – während gleichzeitig Unmengen an Fleisch und Lebentieren exportiert werden müssen. Die Folge sind unnötig viele Produktionsanlagen und Lieferketten, die allesamt potenzielle Verunreinigungsquellen darstellen. Daher kommen die ständig wiederkehrenden Lebensmittelkandale.

DIE LINKE fordert deshalb eine kleinteiligere ökologische und regional ausgerichtete Landwirtschaft. Nur eine derart radikale Umstellung der landwirtschaftlichen Produktionsweise bringt mehr Sicherheit für den Verbraucher, mehr Arbeitsplätze auf dem Land und letztlich auch Kosteneinsparungen bei der Nachsorge, den ökologischen Folgekosten und der staatlichen Kontrolle. Und gut für den Geschmack wäre sie allemal.



Schwarwel © www.fotolia.de

Kirchentag: CDU und FDP blamieren das Parlament

In der repräsentativen Demokratie bildet das Parlament die Heimstätte des demokratischen Diskurses. Es bietet Foren für Diskussionen über grundsätzliche Fragen der Gesellschaft und kooperiert dabei eng mit honorigen gesellschaftlichen Organisationen. Soweit die Theorie – Landtagspräsident Matthias Röbber, dessen Aufgabe es eigentlich wäre, als überparteilicher Repräsentant des Hohen Hauses genau diese Grundsätze zu schützen und zu stärken, hat letztere nun auf das Gründlichste kompromittiert.

Der im Juni stattfindende Evangelische Kirchentag hätte dem Parlament die Chance geboten, zehntausende junge Menschen an die demokratische Institution Landtag heranzuführen. Sechs verschiedene Diskussionsrunden planen die Organisatoren zum Thema „Kirche und Demokratie“ – nur eine davon wird jedoch im Landtag stattfinden. Denn CDU und FDP setzten im Präsidium durch, das Landtagsgebäude nur für eine Veranstaltung zum 13. Februar und eine zur „Friedlichen Revolution“ zu öffnen. DIE LINKE will den Organisatoren des Kirchentags nicht vorschreiben, welche Themen sie diskutieren sollen – und hat deshalb die Präsidiumssitzung unter Protest verlassen. Inzwischen hat das Kirchentagspräsidium entschieden, nur die Diskussion „Kuppelkreuz und Menschenkette“ im Landtagsgebäude zu veranstalten.

Es ist infam, wie dreist die Koalition den Landtag instrumentalisiert, um Diskussionen über ihr unliebsame Themen zu verhindern. Das Verhalten vor allem von (C)DU und FDP, aber auch von Präsident Röbber zeugt nicht von Respekt gegenüber Landtag und Kirche. Wichtige Diskurse werden auf dem Altar der Parteipolitik geopfert, und in Sachen Überparteilichkeit hat Matthias Röbber offenbar noch erheblichen Nachholbedarf. Sonst hätte er die Schirmherrschaft über alle im Landtag geplanten Kirchentagsveranstaltungen übernommen und so diesen beschämenden Eklat verhindert. Pikant: Der erste Sächsische Landtag konstituierte sich 1990 in der Dreikönigskirche, und bei der Feierstunde zum 20. Jahrestag dieses Ereignisses hatte der Präsident salbungsvolle Worte parat: „Doch wir werden auch immer dafür dankbar bleiben, dass der Sächsische Landtag hier unter dem Dach der Kirche Gastrecht genießen kann und sich hier mehr als drei Jahre lang zu seinen monatlichen Plenarsitzungen zusammengefunden hat“. Dem ist nichts hinzuzufügen. PHK

Impressum

Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag
Bernhard-von-Lindenu-Platz 1
01067 Dresden
Telefon 0351/493-5800, Fax 0351/493-5460
E-Mail: linksfraktion@slt.sachsen.de
www.linksfraktion-sachsen.de
V.i.S.d.P.: Marcel Braumann

DIE LINKE.
Fraktion im Sächsischen Landtag

Rente: Die Mauer muss weg!

20 Jahre Rentenungleichheit sind genug, kritisierte Dr. Dietmar Pellmann



Zwanzig Jahre sind seit dem Beitritt der DDR zur BRD bereits vergangen. Von den seit 1990 geforderten und versprochenen gleichen Lebensverhältnissen in Ost und West ist Deutschland derzeit jedoch noch weit entfernt – stellt man die unterschiedliche Einkommenssituation auf einer Landkarte grafisch dar, ist klar die DDR in ihren Grenzen von 2011 zu erkennen. Und auch beim Rentenniveau besteht noch erheblicher Aufholbedarf: Seit Jahren liegt das durchschnittliche Rentenniveau in Ostdeutschland etwa 12 % unter dem Westniveau. Nach zwei Jahrzehnten deutscher Einheit ist dieser Zustand schlichtweg nicht mehr hinnehmbar.

Die Fraktion DIE LINKE hat sich von Anfang an für gleiche Renten in Ost und West eingesetzt und kontinuierlich entsprechende Anträge in den Landtag eingebracht. Während sich besonders konservative Politiker anfangs weigerten, das Problem überhaupt anzuerkennen, sprechen auch sie sich nun öffentlich für die Angleichung des Rentenniveaus aus – der Koalitionsvertrag der schwarz-gelben Bundesregierung hat dieses Ziel gar für die laufende Legislatur-

periode definiert. Passiert ist bisher freilich nichts, auch die sächsische Staatsregierung übt sich in Hinhalten und Nichtstun. Grund genug für DIE LINKE nachzuhaken – und so forderte ein Antrag der Fraktion (Drucksache 5/45) zum wiederholten Male die Staatsregierung auf, sich auf Bundesebene für ein Stufenprogramm zur Angleichung des Rentenwertes Ost an West einzusetzen. Dr. Dietmar Pellmann, der sozialpolitische Sprecher der Fraktion, analysierte im Plenum die aktuelle Situation und verdeutlichte erneut den akuten Handlungsbedarf.

Noch immer Unterschiede zwischen Ost und West

Denn seit etwa 10 Jahren hat sich die Diskrepanz zwischen dem Rentenwert Ost und dem Rentenwert West kaum verringert. Im Rentenrecht ist die gleiche Lebensleistung für Ostdeutsche noch immer weniger wert als für Westdeutsche; die monatliche Rente sächsischer Neurentner sank zwischen 2000 und 2009 um fast 60 Euro. Auch in Sachsen droht daher gravierende Altersarmut. Die Altersseinkünfte ostdeutscher Rentner liegen im Schnitt ein Fünftel unter denen der westdeutschen Senioren; so hat ein Rentnerhepaar in den alten Bundesländern im Monat etwa 400 Euro mehr zur Verfügung, bei Einzelpersonen sind es rund 300 Euro.

Da hilft es wenig, dass die ostdeutschen Bestandsrentner beim Zahlungsbetrag aus der gesetzlichen Rentenversicherung derzeit noch einen gewissen Vorsprung gegenüber dem Westen verbuchen können. Ursachen dafür sind die oft längere Lebensarbeitszeit ostdeutscher Frauen und die Tatsache, dass westdeutsche Beamte, die im Alter aufgrund ihrer Pensionen zu den Besserverdienenden gehören, nicht mit in die Berechnung einbezogen werden. Dieser Vorsprung hat sich allerdings in den letzten Jahren erheblich verringert, da sich mittlerweile bei

den neu hinzugekommenen ostdeutschen Rentnern die durch die Wende unterbrochenen Erwerbsbiografien rentenmindernd auswirken.

Rentenangleichung längst überfällig

Angesichts dieses unbefriedigenden Zustandes ist das Ziel klar: Die ostdeutschen Bestandsrentner müssen eine Verbesserung ihrer Einkünfte erhalten, während westdeutsche Rentner nicht schlechter gestellt werden dürfen. Gelegentlich geäußerte Vorschläge, das Rentenniveau bundesweit auf das ostdeutsche Niveau festzulegen, wären kontraproduktiv und würden der Altersarmut bundesweit Tür und Tor öffnen. DIE LINKE lehnt derartige Pläne deshalb strikt ab. Der ostdeutsche Rentenwert muss an den westdeutschen angeglichen werden – nur so lassen sich gleichwertige und vor allem würdevolle Lebensverhältnisse in Ost und West verwirklichen.

Klar ist, dass eine derartige Maßnahme Geld kostet. Die Angleichung des Rentenwerts ist jedoch keineswegs ein internes Problem der gesetzlichen Rentenversicherung, sondern der gesamten bundesdeutschen Gesellschaft. Wie Dietmar Pellmann im Plenum deutlich machte, müssen die notwendigen finanziellen Aufwendungen durch Steuermittel finanziert werden. DIE LINKE fordert ein Stufenprogramm für den Zeitraum 2012–2016, in dem die Differenz im Rentenwert durch einen steuerfinanzierten Zuschlag an die Rentenkassen auszugleichen wäre. Nach der Lohn- und Gehaltsangleichung würde sich dieser staatliche Zuschuss erübrigen. Berechnungen gehen davon aus, dass dafür jährlich zwischen fünf und sechs Milliarden Euro aufzubringen wären – eine relativ überschaubare Summe.

Voraussetzung dafür ist der ernste politische Wille, die Rentenmauer einzureißen – bislang ist dieser jedoch weder bei der schwarz-gelben Bundes- noch bei der sächsischen Staatsregierung erkennbar. Politisches Handeln ist dennoch dringend geboten, denn optimistische Prognosen gehen davon aus, dass sonst erst im Jahr 2030 mit der deutschen Renteneinheit gerechnet werden kann. Dann läge die staatliche Einheit Deutschlands bereits 40 Jahre zurück.

Veranstaltungshinweis

100 Jahre Internationaler Frauentag – Kämpfe, Erfolge und unerfüllte Träume

4. März 2011, 15:00 Uhr

Kulturkaufhaus „DAS TIETZ“
Moritzstraße 20
09111 Chemnitz

